

Stuttgart, 18.02.2016

Übergabe der BLV-Forderungen zur Koalitionsvereinbarung 2016 an den Kultusminister und die Fraktionsvorsitzenden

Der BLV-Vorstand überreichte Kultusminister Stoch und den Fraktionsvorsitzenden von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP die Forderungen zur Koalitionsvereinbarung 2016. „Keine Partei soll behaupten können, man habe zum Zeitpunkt der Koalitionsverhandlungen nicht gewusst, welche Vorstellungen der BLV zur Bildungspolitik und zum Dienstrecht hat und welche Forderungen der Verband in diesem Zusammenhang erhebt“, sagte der BLV-Vorsitzende Herbert Huber am 18.02.2016 in Stuttgart.

Der BLV-Vorstand wies die Abgeordneten darauf hin, dass der Verband die Zulassung weiterer Standorte neunjähriger allgemeinbildender Gymnasien (G9) sowie die Einrichtung von Oberstufen an Gemeinschaftsschulen ablehnt. Alles andere ginge zu Lasten der Beruflichen Gymnasien. Außerdem sei es ökonomisch unsinnig, teure Doppelstrukturen aufzubauen.

Die BLV-Vertreter betonten gegenüber den Vertreterinnen und Vertretern der Parteien ausdrücklich die Bedeutung der Maßnahmen der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“. „Der Erhalt, die Fortsetzung und die Finanzierung der Maßnahmen der Enquetekommission über die gesamte Legislaturperiode bis 2021 ist eine wesentliche Forderung des BLV“, so Herbert Huber in den Gesprächen mit den Fraktionen und dem Kultusministerium.

Auch dienstrechtliche Forderungen spielten in den Gesprächen eine gleichgewichtige Rolle. Der BLV fordert die Abschaffung der abgesenkten Eingangsbesoldung in Höhe von 4 % bzw. 8 %. Auch wenn die im Landtag verlaufende Abstimmung über das Ende der

abgesenkten Eingangsbesoldung am 17.02.2016 verloren gegangen ist, muss die Forderung spätestens in einem Monat wieder auf die Tagesordnung.

Die BLV-Vertreter boten den Parteien weitere konstruktive Gespräche an. Die Fraktionsvorsitzenden der Parteien sicherten die Bereitschaft zur Fortsetzung der Zusammenarbeit mit dem BLV in der nächsten Legislaturperiode zu.

An den Gesprächen mit dem BLV-Vorstand nahmen von Seiten der Parteien teil (in der Reihenfolge der Termine):

- Kultusministerium: Andreas Stoch (Kultusminister)
- CDU: Guido Wolf (Fraktionsvorsitzender), Georg Wacker
- FDP: Dr. Hans-Ulrich Rülke (Fraktionsvorsitzender), Dr. Timm Kern
- SPD: Claus Schmiedel (Fraktionsvorsitzender), Dr. Stefan Fulst-Blei, Gerhard Kleinböck
- Bündnis90/Die Grünen: Edith Sitzmann (Fraktionsvorsitzende), Sandra Boser

Für den Berufsschullehrerverband (BLV) führten Herbert Huber (Vorsitzender) und Renate Granacher-Buroh (stellvertretende Vorsitzende) die Gespräche.

Anlage

BLV-Forderungen zum Koalitionsvertrag 2016

* * *

An den beruflichen Schulen werden im laufenden Schuljahr landesweit rund 358.000 Schülerinnen und Schüler unterrichtet.

*

Der Verband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg e.V. (Berufsschullehrerverband) vertritt in Baden-Württemberg über 10.000 Lehrerinnen und Lehrer.

*

Der Verband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg e.V. (Berufsschullehrerverband) hat im Bereich der beruflichen Schulen in allen Personalvertretungen auf Regierungspräsidiumsebene sowie im Kultusministerium die Mehrheit.

verantwortlich i. S. d. P.
Herbert Huber, Kniebisstr. 7a, 77767 Appenweier

Fon: 07805 910907 Mobil: 0170 5539188
Fax: 07805 910908
Mail: info@blv-bw.de

Pressereferent: Friedrich Graser Tel. 0173 669 1106

Ein Foto von Herrn Huber erhalten Sie über folgenden Link:
<https://server.ibg.og.bw.schule.de/~huber/huber.jpg>